

Kantonsratsbeschluss

Vom 10. Dezember 2013

Nr. SGB 168/2013

Globalbudget „Öffentliche Sicherheit“ (Erfolgsrechnung); Produktgruppen, Produktgruppenziele und Verpflichtungskredit für die Jahre 2014 bis 2016

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Abs. 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹, gestützt auf § 19 Abs. 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G)², nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 10. September 2013 (RRB Nr. 2013/1644), beschliesst:

1. Für das Globalbudget "Öffentliche Sicherheit" (Erfolgsrechnung) werden für die Jahre 2014 bis 2016 folgende Produktgruppen und Produktgruppenziele festgelegt:
 - 1.1. Produktgruppe 1 Migration und Asyl (Vollzug der Ausländergesetzgebung)
 - 1.1.1. Produktgruppenziel: Vollzug ist effizient und effektiv: Ausstellen von Ausweisen
 - 1.1.2. Produktgruppenziel: Vollzug ist effizient und effektiv: Ausreise
 - 1.1.3. Produktgruppenziel: Vollzug ist effizient und effektiv: Ausstellen von Arbeitsbewilligungen
 - 1.2. Produktgruppe 2: Ausweise für Schweizer und ausländische Staatsbürger
 - 1.2.1. Produktgruppenziel: Das Verarbeiten der Anträge für Schweizer Ausweise ist effizient und kundenfreundlich
2. Für das Globalbudget "Öffentliche Sicherheit" wird als Saldovorgabe für die Jahre 2014 bis 2016 ein Verpflichtungskredit von 6'224'700 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget "Öffentliche Sicherheit" wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (BGS 126.3; GAV) angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Im Namen des Kantonsrats

Susanne Schaffner
Präsidentin

Fritz Brechbühl
Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

¹ BGS 111.1

² BGS 115.1

Verteiler

Departement des Innern (3); HS, PB, BS
Amt für öffentliche Sicherheit (3)
Finanzdepartement
Amt für Finanzen (5)
Parlamentscontroller
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste (933/2013)